

Wettbewerb, Platzhirsch-Ökonomie oder Transformation? Wettbewerbs- und Elitenlogik in der EU und ihr Einbettungspotential

Working Paper

Dr. Silke Ötsch
Institut für Soziologie, Universität Innsbruck
silke.oetsch@uibk.ac.at
Stand: 15.06.2013

Eliten und Finanzmarktkapitalismus

Nach der Finanzkrise 2007/2008 schien es, als ob Mechanismen des Finanzmarktkapitalismus verschiedene kapitalistische Ökonomien erfassen. *Koordinierte Marktwirtschaften* waren ähnlich betroffen wie *liberale Marktwirtschaften*. Ausgehend vom Fall der deutschen Wirtschaft stellt Wolfgang Streeck fest, dass die Systeme zwar noch divers seien, aber ein parallel ablaufender Wandel in Richtung Konvergenz zu beobachten sei (Streeck 2009: 9). Krise und zugrundeliegende Konflikte wurden – so Streeck – durch hohe Wachstumsraten der Nachkriegszeit nur kurzfristig aufgeschoben; die Spannung zwischen Demokratie und Markt bzw. Entbettung und Wiedereinbettung des Marktes sei permanent (Streeck 2009: 26f). In Bezug auf die europäische Union kommt Streeck zu einer ähnlichen Diagnose: Im „Zuge der Internationalisierung der europäischen politischen Ökonomie und der Umgestaltung des europäischen Staatensystems in ein Mehrebenenregime mit national eingegrenzter Demokratie und multinational organisierten Finanzmärkten und Aufsichtsbehörden“ hätten sich die ansatzweise keynesianisch organisierten Institutionen der EU nach Hayek'schen Entwurf entwickelt (Streeck 2013: 158f).

Ein anderer Zweig der Forschung zu Finanzialisierung betont dahingegen die Rolle von Eliten und deren gestaltende Kraft gegenüber Finanz- bzw. kapitalistischen Mechanismen. Dabei fällt zunächst die Gruppe der Finanzintermediäre (*financial intermediaries*) ins Auge, d.h. Berufstätige wie BankerInnen, JuristInnen, die Finanztransaktionen zwischen Finanzmärkten und Realwirtschaft vermitteln (Folkman et al. 2008: 155). Im Gegensatz zum Modell des finanzmarktkapitalistischen Unternehmens unter Einfluss abstrakter Finanzmechanismen, wie es Paul Windolf beschreibt (Windolf 2005:

20ff), bestimmen in Geschäftsmodellen von Intermediären „senior members of the workforce“ (*seniors* und *partners*) die Unternehmenspolitik maßgeblich (und keine externen Stakeholder) und beanspruchen einen substantiellen Teil der Gewinne (Folkman et al. 2008: 158). Nach Michael Savage und Karel Williams liege die Herausforderung den zeitgenössischen Kapitalismus zu erfassen darin, die unorganisierte Macht der Finanzwirtschaft (*finance*) zu verstehen, die sich über eine lockere Verteilungsgemeinschaft von Intermediären realisiert, deren Macht auf unvorhersehbare Weise über Verlockungen wirkt¹ (Savage/Williams 2008: 12). In Untersuchungen zur Finanzkrise wird der Begriff der Eliten neben Finanzintermediären auf weitere Elitegruppen ausgedehnt, und zwar auf politische und bürokratische, technische und akademische Eliten. Diese Gruppen hätten sich in ihren Interpretationen und Handlungen gegenseitig bestärkt und die Handlungen über Elitendiskurse vor WählerInnen gerechtfertigt, so dass aufgrund kurzfristiger Interessenkonstellationen und -aushandlungen komplexe Abhängigkeitsketten entstanden seien, die zur Krise geführt haben. Diese sei in erster Linie ein „Eliten-Debakel“ (Engelen et al. 2011). Auch die politische Förderung der Londoner Finanzindustrie sei aus der Perspektive der Politik eigentlich nicht rational, denn unter dem Strich verursache die britische Finanzindustrie mehr Kosten und weniger Steuereinnahmen als das produzierende Gewerbe (Erturk et al. 2011). Die politische Stützung der City sei nicht über deren volkswirtschaftlichen Nutzen zu erklären, sondern weil Finanzeliten und politische Eliten ihre kurzfristigen Interessen den BürgerInnen als die ihren verkauften, und zwar über die Erzählung, die City of London sei eine „Gans die goldene Eier lege“ (Erturk et al. 2011). Eigentlich müsse man nicht von einem finanzmarkt-getriebenem Kapitalismus reden, sondern von „story-driven capitalism“ (Engelen et al. 2011: 22ff).

Wenngleich sich nicht alle Entwicklungen über finanzkapitalistische Strukturen erklärbar sind, stellt sich dennoch die Frage, ob eine entsprechende Systemlogik nicht langfristig in diese Richtung tendiert. Verschiedene empirische Untersuchungen zur Rolle von Eliten in der Globalisierung, in und nach der Krise legen zunächst diesen Schluss nahe, weisen bei genauerem Hinsehen jedoch nicht in eine eindeutige Richtung. Bankenrettungen und andere Stützungsaktionen sprechen dafür, dass in Extremfällen Entscheidungen durch die Politik gesteuert werden und anderen Logiken folgen als der kapitalistischen. Auch die mit Finanzkriterien begründete Absetzung alter Eliten wie im Fall Papandreu und Berlusconi und ihre Ersetzung mit „Technokraten“ wirken auf den ersten Blick wie eine Anpassung an die Ansprüche von Finanzmarktakteure, wobei die überproportionale Vertretung von VertreterInnen von Finanzinstitutionen wie Goldman Sachs wiederum auf die Wirkung von Eli-

1 Original: ...“the challenge in present day capitalism is to understand the disorganizing power of finance materialized in a loose distributive coalition of intermediaries whose power works unpredictably through temptation.“ (Savage/Williams 2008: 12)

tenetzwerken hindeutet. Auch länderbezogene Studien zeichnen ein ambivalentes Bild. So kommt Philipp Korom in seiner Untersuchung zu Wirtschaftseliten im Austrokapitalismus zu dem Schluss, dass der sozialdemokratische Einfluss auf Unternehmen mit der 1976 einsetzenden Privatisierungswelle zwar noch informell weiterbesteht, insgesamt aber zugunsten der stärker wirtschaftsliberalen Volkspartei zurückgegangen ist und der v.a. durch Raiffeisen vertretene Bankensektor an Einfluss gewonnen hat. Daneben sei jedoch auffällig, dass der Adel, obwohl formal abgeschafft, in Führungspositionen der Wirtschaft überrepräsentiert ist (Korom 2011, 2013). Nach Jabko und Massoc habe der französische Präsident Sarkozy in der Wahlkampagne 2007 zunächst einen Bruch mit dem Staatsdirigismus propagiert, sich mit der Krise aber rhetorisch als scharfer Kritiker des Finanzkapitalismus positioniert. Sarkozy habe bei der französischen Bankenrettung jedoch die gewohnte Politik fortgeführt und weder die Marktliberalisierung rückgängig gemacht, noch die Wirtschaft nach anglo-amerikanischem Vorbild umgestaltet. Die Rettung der fünf größten französischen Banken sei schnell und unauffällig vorgenommen worden, und zwar von einer kleinen Gruppe von Regierungs- und BankenvertreterInnen: „Government officials and bankers were able to agree because they belonged to a small elite group in which social interactions were governed by powerful norms of cooperation and reciprocal favours in the face of adversity“ (Jabko/Massoc 2012: 563). Die Liberalisierung habe paradoxerweise nicht zu einer Ausbreitung von Marktwirtschaft geführt, sondern zu einer stärkeren Verflechtung von privaten Eliten und solchen des öffentlichen Sektors und die oligarchischen Tendenzen verstärkt (Jabko/Massoc 2012: 563f). Laut Eelke Heemskerk sind nun auch auf EU-Ebene stärkere Vernetzungen der Wirtschaftseliten zu beobachten. Während Forschung der Nuller Jahre zu dem Schluss kam, dass Globalisierung Netzwerke nationaler Wirtschaftseliten im industrialisierten Westen schwächt, gehen jüngere empirische Studien von einer zunehmenden Verflechtungen (interlocking directorates) in der EU und auf internationaler Ebene aus (Heemskerk 2013: 76f).

Aus meinen bisherigen empirischen Untersuchungen im Rahmen meines Projektes zu ArchitektInnen in der Finanzialisierung ergab sich ebenfalls ein gemischtes Bild. Einerseits kam es im Architektursektor zu einer Hinwendung zu klassisch angelsächsischen Büroformen. Andererseits koexistierten diese mit lokal basierten ArchitektInnen, deren Erfolg zu einem großen Teil auf Netzwerke zwischen Politik und Unternehmen zurückgeführt und die von InterviewpartnerInnen und der Lokalpresse als „Platzhirsche“ bezeichnet wurden, woraus ich schließe, dass neben der Finanzmarktkapitalistischen Ökonomie eine „Platzhirsch-Ökonomie“ koexistiert. Unternehmen nach finanzkapitalistischer Logik waren gekennzeichnet durch eine konkurrenzfähige Marktstellung durch ihre Stellung als Marktführer in einem Sektor oder ständige Innovation, einem flexiblen Arbeitskräfte-

reservoir (entweder über SubunternehmerInnen oder leicht kündbare Arbeitsverträge), durch eine internationale Ausrichtung und Expansion. Persönlichkeiten spielen eine untergeordnete Rolle. Platzhirschgeführte Unternehmen wurden von einer (zumindest ansatzweise) patriarchalen und charismatischen Person geleitet und folgten Prinzipien der Beziehung und des Vertrauens innerhalb der eigenen Netzwerke („Freunderlnwirtschaft“), die quer durch die Sektoren von der Finanzwirtschaft über Politik in die Realwirtschaft reichten. Dabei handelte es sich um stabile langfristig aufgebaute Beziehungen bei guter Kenntnis der lokalen Gegebenheiten. Politisches, fachliches und unternehmerisches Handeln überschneiden sich teilweise.

In diesem Beitrag stelle ich die These auf, dass im derzeitigen Studium des Kapitalismus beide Logiken koexistieren und ineinandergreifen. Unter dem Schema der Finanzmarktlogik bezeichne ich eine spätkapitalistische Phase, die grundsätzlich durch die Trennung der Rolle von Kapital und Arbeit, Konkurrenz, Akkumulation, Vermarktlichung (nach Polanyi der Tendenz der Entbettung auch nicht marktförmiger Bereiche Natur, Arbeit und Geld), Verschuldung und Krisen folgt. Platzhirschlogik ist Teil der Elitenlogik. Diese kann teilweise einer kapitalistischen Logik folgen, muss es aber nicht zwangsläufig. Eliten verstehe ich in Anlehnung an Michael Hartmann als Personen oder eine Personengruppe, die kraft ihrer institutionell abgesicherten Position eine besondere Macht in einer Gesellschaft ausübt (Hartmann 2004 und 2007: 18).² Eliten verfolgen Logiken, die sie aus ihrer Perspektive bestimmen und die durch ihre Position in der Gesellschaft bestimmt ist, d.h. als Angehörige einer Berufs- oder Interessengruppe und Person in einem sozialen Kontext. Elitenlogik ist per se exklusiv.

So wie Eliten partiell unter dem Druck des Finanzmarktkapitalismus stehen, benutzen Teile der Eliten Finanzkriterien, um ihre Interessen durchzusetzen, während sie sich über politische und technische Mittel Nischen schaffen, in denen die (finanz-)kapitalistische Logik nicht zum Tragen kommt. So sind in verschiedenen Sektoren parallele Rechts- und Wirtschaftssysteme entstanden, während die zunehmend an neoliberalen Vorstellungen ausgerichteten Regeln oder Mechanismen für die Masse gelten. Beispiele für solche Parallelsysteme sind die Offshore-Ökonomie inklusive Schattenbankensektor, die Fiskalpolitik der EU (Einstimmigkeit bei Finanzentscheidungen), Bankenrettungsfonds, Investitionsschutzabkommen u.v.m. Solche Parallelsysteme sind häufig über Mechanismen geschützt, die sie über Geheimhaltung oder Gesetze vor demokratischen Entscheidungen abschirmen. Im folgenden konzentriere ich mich darauf, die Regeln zu verstehen, wie Parallelsysteme im Wechselspiel mit finanzkapitalistischen Strukturen funktionieren, wie sie eingerichtet wurden und warum sie fortbestehen. Ich betrachte dabei schwerpunktmäßig die Offshore-Ökonomie. Wie

² Auf die Differenzierung zwischen verschiedenen Eliten gehe ich in diesem Beitrag nicht tiefer ein. An anderer Stelle wäre das jedoch sinnvoll.

greifen Parallel-Ökonomien und finanzkapitalistisch organisierte Bereiche der Gesellschaft ineinander? Welche Rolle spielen dabei Eliten und welche kapitalistische Mechanismen?

Steuerung, Steuerwettbewerb und Platzhirsch-Privilegien

Die aufgeworfenen Frage bearbeite ich am Beispiel der Offshore-Ökonomie bezogen auf Steuerhinterziehung und ihrer Regulierung mit Schwerpunkt auf der EU. Den Bereich der Offshore-Ökonomie greife ich vor allem wegen seiner Relevanz auf. In den letzten Jahrzehnten gingen zunehmend große Summen durch Steuerflucht verloren (Ötsch 2012), und die Umgehung von Finanzmarktregulierung erfolgte zu einem großen Teil über Regulierungssoasen (FSB 2011; Schmidt 2012). Obwohl diverse Praktiken – z.B. Briefkastenfirmen – offensichtlich absurd und mit dem Common Sense unvereinbar erscheinen, wurden sie größtenteils von den Parteien und einer breiten Bevölkerung toleriert.

Mit Offshore Ökonomie bezeichne ich in Anlehnung an Ronen Palan – der den Bereich maßgeblich erschlossen hat – das Prinzip, nach dem nicht-ansässige Personen oder Rechtspersonen (vor allem Unternehmen) den Rechtsrahmen einer Offshore-Jurisdiktion nutzen, um Regulierungen oder Gesetze des Rechtsrahmens zum eigenen Vorteil zu umgehen, innerhalb dessen sie tatsächlich ansässig oder unternehmerisch tätig sind. Ronen Palan spricht von einer Zweiteilung des Rechtssystems (Palan 2003: 20). Das Tax Justice Network definiert Offshore-Ökonomie (bzw. *Secrecy Jurisdictions* in der Terminologie des Netzwerks) anhand von drei Hauptmerkmalen. Erstens erlassen diese Jurisdiktionen Gesetze und Regeln, die in erster Linie auf Personen oder Rechtspersonen abzielen, die nicht in der Jurisdiktion ansässig sind. Zweitens unterminieren sie vorsätzlich die Gesetzgebung und Regulierung einer anderen Jurisdiktion. Drittens schaffen sie vorsätzlich einen rechtlich abgesicherten Rahmen zur Geheimhaltung, der die NutzerInnen außerhalb der Jurisdiktion schützt (TJN 2009, 1f).

Folgt die Offshore-Ökonomie eher einer kapitalistischen oder einer Elite-getriebenen Logik? Berichte von Steuerflucht reichen in die Römerzeit zurück, und die wichtigsten Instrumente der Steuerflucht Offshore-Ökonomie (treuhänderisch verwaltete Unternehmen als Rechtspersonen, Nummernkonten bzw. das Bankgeheimnis, Stiftungen und eine auf Nicht-Ansässige abzielende Gesetzgebung) entstanden größtenteils im späten 19. Jahrhundert und bis in die 1930er Jahre (Palan 2002). Londons Euromärkte wurden in den späten 50er Jahren installiert (Burn 1999). Das starke Wachstum von Steueroasen und die zunehmende Verlagerung von Anlagen und Unternehmen in Finanzsoasen setzte jedoch erst in den 70er Jahren ein (Palan 2002; Sikka 2003). In einem 2003 erschienenem Text stellt Prem Sikka Offshore-Ökonomie dar als logische Erscheinung in der Entwicklung des Ka-

pitalismus. Globalisierung sei die fortgeschrittene Phase des Kapitalismus, Offshore Finanzzentren bzw. Steueroasen ein integraler Bestandteil von Globalisierung, weil sie die wachsende Mobilität des Kapital vereinfachen. Das führe zu Steuerflucht, Geldwäsche, Kapitalflucht, die Umgehung von Regulierung, Instabilität und Unterentwicklung an anderen Orten (Sikka 2003: 365). Die Ausführungen erklären jedoch nicht, warum nur einige Jurisdiktionen das Modell der Offshore-Ökonomie gewählt haben und nicht alle kapitalistischen Staaten, und warum heute Bemühungen, Offshore-Ökonomie in Ansätzen einzudämmen von Staaten mit klarem Bekenntnis zum Kapitalismus ausgehen – v.a. den USA.

In einem Artikel von 2001 führt Ronen Palan die Entstehung von Offshore-Ökonomie primär auf einen langfristigen Wandel des Rechtssystems zurück, und zwar auf die im 16. Jahrhundert einsetzende Ablösung des Naturrechts durch das positive Recht, das sich v.a. im 19. Jahrhundert durchsetzte. In den letzten Jahrzehnten vor der Jahrtausendwende kommt es über die Globalisierung wieder zu einer stärkeren Internationalisierung der Rechtssysteme (Palan 2002: 153). Nach der Vorstellung von AnhängerInnen des positiven Rechts, obliegt es der Bevölkerung eines Territoriums, das der Volksgruppe angemessene Recht zu wählen und sich damit von anderen Territorien und Völkern abzugrenzen. Nach dieser Logik wird es Steueroasen zugestanden eigene Gesetze zu erlassen; allerdings gelang es Jurisdiktionen nicht, Regelungen zur Behandlung von Nicht-Ansässigen und deren Einkommen, Vermögen und Gewinnen zu erlassen, die verhindert hätten, dass die Gesetzgebung anderer Jurisdiktionen unterminiert wird durch Praktiken wie die fiktive Verlagerung von Unternehmensteilen oder Personen. Da Eliten diese Situation ausnutzten, kam es laut Palan in verschiedenen Fällen zu einer Vermarktlichung staatlicher Souveränität („commercialization of state sovereignty“) (Palan 2002: 157ff).

Zugang zur Offshore-Ökonomie erhalten NutzerInnen grundsätzlich über zwei Wege: finanzielle Mittel³ und (kaufbare) Fachexpertise. In Ländern mit Bankgeheimnis wie der Schweiz oder Österreich kann Offshore-Ökonomie auch von Personen mit Konto in diesem Land für Schwarzgeld (z.B. aus Schwarzarbeit oder aus krimineller Herkunft) genutzt werden mit einem niedrigerem Risiko, entdeckt zu werden. Länder mit Offshore-Ökonomie profitieren aus den ersten Blick, wenn eine ausländische Person oder ein ausländisches Unternehmen für die Nutzung der Jurisdiktion mehr Gebühren zahlt, als Infrastruktur benutzt. Unmittelbar verliert die Jurisdiktion aber dadurch, dass insgesamt die Steuersätze in bestimmten Sektoren sinken und sich Steueroasen untereinander in Konkurrenz befinden. Die Gewinne kommen neben den NutzerInnen (v.a. multinationale Unternehmen und HNWI) vor allem Intermediären im finanzbezogenen Dienstleistungsbereich und den beteilig-

3 Es fallen Gebühren an, die weit unter der zu entrichtenden Steuer liegen. Banken in Steueroasen fordern i.d.R. eine Mindestanlagesumme.

ten Banken zugute. Ein durch das Tax Justice Network angestellter Abgleich des Human Development Index mit Finanzoasen zeigt, dass Secrecy Jurisdictions trotz hohen Bruttosozialprodukts häufig zu den wenig entwickelten Staaten zählen, was vermutlich auf eine ungleiche Verteilung der Gewinne aus der Offshore-Ökonomie hinweist (Shaxson 2012). In der Offshore-Ökonomie besteht also eine Interessengemeinschaft zwischen FinanzdienstleisterInnen, multinationalen Unternehmen, HNWI, Teilen der Bevölkerung, die Einkommen aus selbstständiger Arbeit unversteuert anlegen, NutzerInnen krimineller Schwarzgelder und PolitikerInnen, die diese Personengruppen vertreten oder in anderer Weise davon profitieren (Wahlkampfspenden, Vermeidung von Angriffen durch hoch finanzierte Thinktanks etc.) und BürgerInnen aus wenigen Staaten, in denen ein Teil der Einnahmen der Finanzindustrie über einen Trickle-Down-Effekt zugute kommt (z.B. Luxemburg). Die Interessen von Teilen der Offshore-Ökonomie nutzenden Gruppen sind weiter gefasst jedoch ambivalent. Während sie nach betriebswirtschaftlicher Logik in der Konkurrenzsituation zu anderen Unternehmen einen Anreiz haben, Steuervorteile auszunutzen, haben sie andererseits ein Interesse an einer funktionierenden Infrastruktur, gut ausgebildeten ArbeitnehmerInnen und einem zahlungskräftigen Massenmarkt. Wird die Steuerkonkurrenz institutionell unterbunden, können Unternehmen profitieren. Klare VerliererInnen sind diejenigen, die von öffentlicher Infrastruktur und öffentlichen Leistungen profitieren, d.h. ein direkt ein Großteil der BürgerInnen.

Rekonstruktionen der Entstehungsgeschichte von Finanzoasen zeigen, dass verschiedene Formen von Offshore-Ökonomie auf Betreiben von Eliten mit klar definierbaren Eigeninteressen vorangetrieben wurden. Das war der Fall bei der Einstufung von Unternehmen als Rechtsperson in den USA, bei der Einführung der Steuergesetzgebung im Kanton Zug und bei der Einführung des Schweizer Bankgeheimnisses, bei der Etablierung der Euromärkte oder bei der Zulassung riskanter Finanzmodelle in Delaware. In allen Fällen waren sich die zuständigen PolitikerInnen und häufig auch die VertreterInnen der Finanzindustrie der weitreichenden Konsequenzen nicht bewusst (Palan et al 2010; Shaxson 2011). Haben Eliten wie Sikka schreibt, im Sinne einer kapitalistischen Logik gehandelt, wurde diese nur vorgeschoben, um Eigeninteressen von Eliten durchzusetzen, oder fehlte die Expertise um Rechtssysteme international regulierbar zu gestalten?

Die Entwicklung der Steuersätze und des Anteils bestimmter Steuerarten am Gesamtsteueraufkommen in den entwickelten Staaten von den 70er Jahren bis heute zeigt tatsächlich eine Verlagerung von Kapital auf Arbeit und Konsum. Mobiles Kapital, d.h. Steuersätze für Unternehmen (insbesondere multinationale) und Kapitaleinkommen sind gesunken, während der Anteil von Konsum- und Lohnsteuern gestiegen ist.⁴ Wenn wegen des Bankgeheimnisses oder anderer Konstruktionen zur

4 Der Anteil der Sozialabgaben in der OECD stieg von 18 % im Jahr 1965 auf 25 % im Jahr 2008; im gleichen Zeitraum erhöhte sich der Anteil genereller Konsumsteuern von 12 % auf 25 %. Der Anteil der Vermögensteuern

Verdeckung der EigentümerInnen anonyme Quellensteuern erhoben werden, führt das außerdem zu einer nicht-progressiven Flat-Tax auf Kapital, die i.d.R. weit unter den Spitzensätzen der Einkommensteuer liegt (in Österreich bei 25 %). Darüber hinaus können Vermögensteuern nicht effektiv erhoben werden. Das Schema Steuern auf mobiles vs. immobiles Kapital ist allerdings weniger konsistent, wenn die sinkenden Steuern auf Immobilien [Zahlen ...] und die Umgehung von Lohnsteuern über Boni einbezogen werden, denn Immobilien sind – auch wenn sie über Finanzpapiere gehandelt werden – schwer deplatziert und BankerInnen ähnlich mobil wie andere Berufsgruppen, für die sich keine vergleichbare Zahlungsweise etabliert hat. Diese Entwicklungen deuten eher auf eine Gestaltung von Steuersystemen im Sinne von Eliten hin. Das quasi heimliche Vorgehen bei der Ausnutzung verschiedener Offshore-Modelle weist zunächst darauf hin, dass sich Eliten im Rahmen eines komplexen Systems Nischen geschaffen haben, in denen für diese Personen andere Regeln gelten als für die Mehrheit.

Auch Sikka spricht die Rolle von professionellen Eliten bzw. Intermediären in der Offshore-Ökonomie an: „Professional intermediaries, such as accountants and lawyers, play a key role in the development and expansion of OFCs. Despite the veneer of liberal democracy, some OFCs are captured by the finance industry and advance the interests of financial capital“ (Sikka 2003: 365). Intermediäre folgen bei Sikka jedoch nur bedingt einer auf Eigeninteressen basierenden Elitenlogik, sondern einer kapitalistischen im Sinne eines Bündnisses von Führungspersonen und Kapital (Vgl. Duménil/Lévy 2005). Für Staaten sei fatal, dass Tätige in Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsfirmen die besten Aufstiegschancen hätten, wenn sie besonders geschickt für ihre KundInnen Regeln und Gesetze umgehen. Dass PolitikerInnen in vielen Fällen illegalen Praktiken dieser Firmen zulassen und nicht verfolgen, zeuge – so Mitchell und Sikka – von einem Bündnis von Staat und Kapital

sank hingegen von 1965 bis 2008 von 8 % auf 5 %. Trotz hoher Wachstumsraten der Unternehmen stieg der Anteil der Steuern auf Unternehmensgewinne lediglich von 9 % auf 10 % (OECD 2009: 23). Nach OECD-Daten lagen die Steuersätze für Körperschaftssteuern 1981 in Österreich noch bei 55 %, 2009 bei 25 %. In Deutschland sanken die Sätze von 56 % auf etwa 30 % (15 % Körperschaft- zuzüglich Gewerbesteuern und Solidarabgabe), in den USA von 46 % auf 39 % (OECD 2011). In Österreich wurden verschiedene Maßnahmen umgesetzt, um mobiles Kapital niedriger zu besteuern. Die Vermögenssteuer wurde 1994 abgeschafft, der Körperschaftsteuersatz wurde 2005 von 34 % auf 25 % gesenkt und zusätzlich profitierten v.a. international aufgestellte Unternehmen von der Neuregelung der Gruppenbesteuerung (Lunzer 2006: 18). Der Faktor Arbeit wurde durch Einkommensteuer weniger entlastet, obwohl die Lohnquote seit Ende der 70er Jahre sinkt. Während sie im Jahr 1978 noch 72 % betrug, lag sie im Jahr 2006 bei nur noch 56 % (Guger/Marterbauer 2007: 16). Die Entwicklung der Steuersätze in der EU lässt sich mit den vorliegenden Statistiken nicht ganz so leicht rekonstruieren. Eurostat publiziert Daten ab 1995, die für den Vergleich der Besteuerung von mobilem und immobilem Kapital allerdings nur bedingt aussagekräftig sind, da Unternehmenseinkommen und Einkommen gemeinsam erfasst werden. Auch wenn die Tendenz nicht von Jahr zu Jahr einheitlich ist, aber Trend zur höheren Besteuerung von Konsum und Arbeit im Vergleich zu hohen Einkommen auszumachen. Die Besteuerung von Arbeitseinkommen war kurz vor der Jahrtausendwende besonders hoch, sank in der Zwischenzeit leicht und stieg nach der Krise wieder obwohl Regierungen verkündet hatten, Arbeit entlasten zu wollen (Eurostat 2013: 32). Auch die Besteuerung von Konsum stieg im Schnitt nach der Krise um etwa zwei Prozentpunkte auf über 21 % (Eurostat 2013: 30). Dahingegen sind die Spitzensätze der Einkommensteuer von 1995-2013 um sechs Prozentpunkte gefallen (Eurostat 2013: 35).

auf Kosten der Menschen. Das sei umso bedenklicher, weil allein die großen vier Wirtschaftsprüfungsfirmen PriceWaterhouseCoopers, KPMG, Deloitte & Touche und Ernst & Young ein jährliches Einkommen in der Größe der 54. größten Ökonomie der Welt haben (Mitchell/Sikka 2011: 8f).

Dennoch scheint der Trend heute – trotz des fortgeschrittenen Stadiums im Kapitalismus und Tendenzen von „Neoliberalisierung“ im EU-Reformprozess (Fiskal- und Wachstumspakt) – nicht eindeutig und teilweise in eine andere Richtung zu gehen: Selbst PolitikerInnen von konservativen Parteien bekennen sich selten in der Öffentlichkeit zu Steueroasen und scheinen stärker interessiert Einnahmen durch die Schließung von Finanzoasen zu erzielen. Wie ich an andere Stelle gezeigt habe, sind die Fortschritte gemessen an den Ankündigungen der Politik bescheiden und häufig symbolischer Natur (wie z.B. die OECD-Liste der Steueroasen) (Ötsch 2012). Die EU ist jedoch einer der ersten Akteure, die auf eine internationale Besteuerung von Kapital hinarbeitet, u.a. über den automatischen Informationsaustausch und über Pläne für eine gemeinsame Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage. Aus welcher Logik erfolgt die Bekämpfung von Offshore-Ökonomie, aus welcher der Widerstand dagegen?

Das Beispiel der Zinsrichtlinie (offiziell Richtlinie 2003/48/EG des Rates vom 3. Juni 2003 im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen) zeigt, dass die Mehrheit der europäischen Regierungen intendiert, Kapital europaweit ähnlich zu besteuern wie Arbeit oder Konsum. Die Richtlinie ist jedoch nur bedingt effektiv, weil sie nur für Privatpersonen gilt und nicht für Unternehmen und Stiftungen und weil sich europäische Steueroasen (Luxemburg, Österreich und Belgien) mit der Quellensteuer für eine Übergangszeit Sonderregelungen ausgehandelt haben. Die überarbeitete Version der Richtlinie, die diese Lücken größtenteils schließen würde, wird seit Jahren von einzelnen Mitgliedstaaten durch den Rat blockiert, in dem Fiskalentscheidungen einstimmig getroffen werden müssen. So ist es denjenigen, die an der Aufrechterhaltung des Status Quo interessiert sind, erleichtert, eine Regierung gegen die Interessen der Mehrheit auszuspielen. Bisher konnten sich so v.a. Steueroasen den „schwarzen Peter“ zuschieben und Änderungen blockieren. Durch die Strukturen der EU wird in diesem Fall der Status Quo befördert; nationale und internationale Interessengruppen können sich einfacher gegen die Mehrheit durchsetzen. Wie bereits Engelen et al. gezeigt haben, verschaffen sich Finanz- und Wirtschaftseliten häufig Unterstützung auf nationalstaatlicher Ebene, indem sie eigene Interessen mit denen der BürgerInnen gleichsetzen und über Elitendiskurse vermitteln (Engelen et al. 2011). Wie wir an anderer Stelle gezeigt haben, benutzen Eliten häufig räumliche Metaphern (wie etwa die Festung, die von außen angegriffen wird im Falle der Schweiz), um über unterbewusste Denkmuster die Meinung im eigenen Interesse zu beeinflussen (Ötsch/Di Pauli 2013). In

der jüngsten Diskussion über die Abschaffung des Bankgeheimnisses in Österreich, verbreiteten Finanzministerin und Vizekanzler sachlich falsche Informationen über den Datenaustausch (Presse 2013) – vermutlich nicht aus Unwissenheit, sondern um die Stimmung zu beeinflussen, scheinbar im Vertrauen, dass die breite Mehrheit die Informationen nicht überprüft oder sich als ExpertInnen oder WissenschaftlerInnen angesehene Personen finden, die eine ähnliche Argumentation verteidigen. Außerdem wurde das Bild von „Omas Sparbuch“ strapaziert, obwohl diese Personengruppe durch eine Änderung der Gesetzeslage in diesem Bereich so gut wie nicht tangiert wäre.

Während jedoch noch vor kurzem Regierungsparteien weigerten, gegen Steuerflucht vorzugehen, werden heute auf verschiedenen Ebenen verschiedene Initiativen ergriffen, über die Praktiken von Finanzoasen in Frage gestellt werden. Ein Grund für diese neue Dynamik ist die entschiedene Politik der USA gegenüber Banken, die Steuerflucht betreiben und bestimmte Steueroasen im Rahmen des Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA). Mit Hinweisen auf diplomatische Kultur wurde eine derartige Vorgangsweise von den zuständigen europäischen PolitikerInnen nicht verfolgt, obwohl sie auch europäischen Staaten offengestanden hätte. In einer Pressekonferenz im Frühjahr dieses Jahres, verkündeten jedoch die Finanzminister von sechs Ländern (u.a. Großbritannien, Deutschland, Italien, Frankreich), ein europäisches FATCA auszuarbeiten (EU 2013). Neben der Zinsrichtlinie werden derzeit die Amtshilfe- und die Geldwäscherichtlinie verhandelt, die ebenfalls den Austausch von Daten vorsehen [genauer...]. Außerdem wurden weitere Offenlegungspflichten für die Bilanzierung von multinationalen, im Rohstoffsektor tätigen Unternehmen beschlossen. Wenn Presseberichten und den Angaben des World Wealth Report 2012 über das internationale Anlageverhalten zu glauben sind, sehen Privatpersonen zusehend davor ab, Gelder in Steueroasen anzulegen weil sie befürchten, dabei entdeckt zu werden (WWR 2012).

Ein genauerer Blick auf die Regulierungen, dämpft jedoch die erste Euphorie über die Fortschritte. Die Revision der überarbeiteten Richtlinie ist zwar bis Ende 2013 angekündigt, aber es steht noch kein fester Termin. Wenn der automatische Informationsaustausch faktisch beschlossen ist, muss bewerkstelligt werden, dass Staaten oder ihre Zahlstellen überhaupt relevante Daten erheben. Weiterer Reformbedarf besteht bei nicht-europäischen Finanzoasen (z.B. Delaware). Zwar arbeitet die EU auf die internationale Ausweitung des automatischen Datenaustauschs hin, aber die Umsetzung wird eine bestimmte Zeit beanspruchen. Dazu kommt, dass KennerInnen die Zugeständnisse von Steueroasen wie Luxemburg v.a. auf die schwierige Situation des dortigen Bankensektors zurückführen – eine potentielle Gefahr für Stützungsaktionen auf Kosten von Steuergeldern. In den USA ist das Vorgehen der Demokraten gegen Steuerflucht umstritten. So wird Obama mit dem Standortargument angegriffen; US-Unternehmen würden ihre Gewinne nicht mehr repatriieren. Forschungsar-

beiten des Tax Justice Network und von anderen zeigen außerdem, die starke Verflechtung von Offshore- und Onshore-Finanzplätzen (TJN 2011). Während über den Wettbewerbspakt an neoliberalen Leitbildern orientierte Regeln (wie die Flexibilisierung von Arbeitsmärkten) so in das europäische Regelwerk eingefügt werden, dass sie über die Exekutive verwaltet quasi als Automatismen wirken und nur schwer durch nationale Parlamente und das Europaparlament revidiert werden können (Oberndorfer 2013), sind keine entsprechenden Schritte in Puncto europäische Mindeststeuersätze geplant. Das Prinzip der Einstimmigkeit in Steuerfragen und seine Ersetzung durch das Mehrheitsprinzip oder eine qualitative Mehrheit wird nicht angegangen. Dafür sei eine Änderung der europäischen Verträge notwendig, die unrealistisch sei. Dieses Argument kommt im Hinblick auf den Fiskal- oder Wettbewerbspakt jedoch nicht zum Tragen, obwohl auch hier die Vorgehensweise rechtswidrig ist (Oberndorfer 2013).

Wie lässt sich dieses verwirrende Panorama deuten? Meines Erachtens greift ein bipolares Schema für die Deutung mittelfristiger Prozesse zu kurz, das Kapital, Staat und vereinnahmte Professionelle generell der Mehrheit bzw. den ArbeiterInnen gegenüberstellt. Vielmehr greifen verschiedene Logiken und Interessenkonstellationen ineinander. Auch „alte Eliten“ der konservative Parteien, die Offshore-Ökonomie in der Vergangenheit gestützt haben, stehen nun unter Druck, Steuereinnahmen zu erzielen – einerseits um mittlerweile größtenteils unpopuläre Kürzungen zu verhindern (es besteht weniger Spielraum, da das „Tafelsilber“ über Privatisierungen bereits verkauft wurde und bereits seit den 80er Jahren Errungenschaften des Sozialstaats abgebaut wurden), andererseits um die Zahlungsfähigkeit von Banken über Staaten zu garantieren.

Aber gerade im Fall der EU Governance zeigt sich, dass bestimmte Interessen von Eliten wie die Aufrechterhaltung von Offshore-Ökonomie oder der Schutz vor Aufklärung über Mechanismen wie das Einstimmigkeitsprinzip in den Strukturen verankert sind. In anderen Bereichen wie Soziales oder Umweltschutz wird nach Mehrheit entschieden. Verschiedene Steuerprivilegien lassen sich auch aus neoliberaler Sicht nicht mit Steuerwettbewerb rechtfertigen, da es sich in vielen Fällen um Wettbewerbsverzerrung handelt – etwa wenn multinationale Unternehmen durchschnittlich weniger Steuern zahlen als Firmen, die nur in einem Staat tätig sind. Die durch Konvergenzkriterien, Fiskal- und Wettbewerbspakt implementierte und geplante Politik scheint dahingegen den Kriterien neoliberaler Wettbewerbspolitik zu entsprechen (Oberndorfer 2013).

Meiner Interpretation nach geraten „alte“ nicht „systemrelevante“ bislang durch Steuerprivilegien begünstigte Eliten nun unter Druck. Bezeichnenderweise geben Steueroasen wie Liechtenstein und Luxemburg an, strategisch auf die Umwandlung in einen Standort für Hedgefonds hinzuarbeiten. Schlechte Einstufungen durch Rating-Agenturen treffen heute auch die reichsten Länder und ehe-

malige „Musterknaben“. Bedeutet dieses also, dass ein Prozess der Landnahme auch ehemals Privilegierte erfasst zugunsten der Befriedigung der Ansprüche des internationalen Finanzkapitals? PolitikerInnen und JournalistInnen aus Österreich und der Schweiz beklagen sich über die jüngsten Maßnahmen der Steuerfluchtbekämpfung, die sie darstellen als großangelegte Strategie zur Stärkung der angelsächsischen Finanzoasen-Standorte auf Kosten kleiner Staaten. Da die derzeitige österreichische Regierung sich jedoch seit mehreren Jahren gegen eine Revision der europäischen Zinsrichtlinie ausspricht, über die verschiedene Unternehmens- und Stiftungsstrukturen erfasst wären, scheint die Position eher als Ausflucht, um selbst keine Änderungen vornehmen zu müssen.

Während bislang wirtschaftliche und konservative Eliten die selektiv durchgeführte Internationalisierung der europäischen Wirtschaftspolitik tendenziell unterstützt haben, wird diese nun auch von konservativer Seite (AfD, Stronach) kritisiert und es wird mehr Gestaltungsspielraum auf nationaler Ebene gefordert. Sind dies Anzeichen einer Trendumkehr, bzw. der Forderung nach Wiedereinbettung der Wirtschaft in die Gesellschaft? Die beiden neugegründeten Parteien „Alternative für Deutschland“ (AfD) und die österreichische Partei „Team Stronach“ streben entweder einen Euroaustritt an, bzw. „einen eigenen Euro für jedes Land“ (Stronach 2012). Beide Parteien grenzen sich stark von der Finanzindustrie und Rettungsmaßnahmen ab. Team Stronach nimmt für sich in Anspruch, die Mitte der Gesellschaft zu vertreten und ergreift häufig verbal die Seite der Arbeiter: SPÖ, ÖVP und Grüne gäben zu viel Macht an Brüssel ab, und die ÖVP sei eine Bankenpartei, die von den Zinsen der Arbeiter lebe (Stronach 2013a), und „die jetzige Regierung hat viel Raum gelassen für Grauzonen, Steuerschlupflöcher und Privilegien. Sie zieht mit Banken und Großunternehmen an einem Strang und hat die Arbeiter aus den Augen verloren...“ (Stronach 2013b). Es schließt jedoch eine Forderung an, die Beziehenden hoher Einkommen begünstigt: „Österreich braucht ein vereinfachtes Steuersystem mit einem einheitlichen Steuersatz (FAIR TAX)“ (Stronach 2013b). Die auch von der AfD vertretene Forderung nach einer Flat-Tax wird verbal umgedeutet. Unter dem Stichwort „gerechte Mitarbeiterbeteiligung“ am Gewinn fordert das Team Stronach „wirkliche Steueranreize, die es für Unternehmen attraktiv machen, ihre Mitarbeiter am Erfolg zu beteiligen“ (Stronach 2013c). Beide Parteien verfolgen hier unter dem Vorwand der Fairness eine Politik im Sinne der Eliten. Den Ausführungen des Teams Stronach nach ist keine Wiedereinbettung der Marktwirtschaft zu erwarten, sondern die Orientierung an Wettbewerbslogik auf nationaler Ebene: „Wir brauchen weniger Zentralisierung und Bürokratie durch Brüssel und dafür mehr Souveränität, Marktwirtschaft, Wettbewerb und Unternehmertum!“ (Stronach 2013a).

Perspektiven

In „Die große Transformation“ vertritt Karl Polanyi die Ansicht, dass eine weitgehend liberalisierte

und internationalisierte Marktwirtschaft aufgrund unzulänglicher Koordination von entbetteten und eingebetteten Sektoren der Gesellschaften nicht funktionierte, was in einem fortgeschrittenen Stadium zu einer Rückwendung zu nationalstaatlichen protektionistischen Maßnahmen führt. Da das Großbürgertum Forderungen nach einer sozialdemokratischen und linken Umverteilungspolitik nicht nachkommen will, kommt es zu einem Bündnis des Großbürgertums mit konservativen Unterschichten und KleinbürgerInnen. Dem gegenüber stehen von Sozialdemokraten und SozialistInnen vertreten internationale Ansätze. Da das Leitbild der Marktwirtschaft auf einer der utopischen Annahme beruht, konnte eine Einbettung nicht gelingen (Polanyi 2011: 54). Die an nationalstaatlichen Interessen ausgerichteten Wirtschaftspolitiken führten zu Spannungen in Wirtschaftsfragen und schließlich dazu, dass das Deutschland den Krieg als Ausweg suchte (Polanyi 2011: 314ff).

Ob die Situation der 1920/30er Jahre in Ansätzen mit der heutigen verglichen werden kann, müsste genauer geprüft werden. Jedoch scheint es auf den ersten Blick Parallelen zu geben. Ungleichgewichte, Sparmaßnahmen und der hohe Verschuldungsgrad von Banken, Privatpersonen und Staaten und fehlende Antworten auf die ökologische Krise und die Wachstumsfrage im Kapitalismus lassen befürchten, dass in näherer Zukunft keine befriedigende Steuerung des europäischen – geschweige denn des weltweiten Wirtschaftssystems gelingt, zumal internationale demokratische Strukturen erst in Ansätzen bestehen und kaum handlungsfähig sind. Klassische, auf internationale Solidarität abzielende Initiativen wie z.B. eine europäische Lastenabgabe auf hohe Vermögen zur Finanzierung der Krisenfolgen, eine Beseitigung der Handelsbilanzungleichgewichte durch Lohnsteigerung hochproduktiver Staaten oder eine Clearing Union werden derzeit kaum diskutiert. Inwiefern sich ein Bündnis nationaler Eliten mit anderen Kräften der Gesellschaft andeutet, dass als Ausweg eine teilweise Re-Nationalisierung der Wirtschaftspolitik anstrebt müsste genauer untersucht werden. Ich folgere, dass weder eine internationale Implementierung neoliberaler Logik, wie sie derzeit über die europäische Union v.a. durch Deutschland vorangetrieben wird (hinter der möglicherweise übergeordnete Elitennetzwerke stehen), noch die derzeitigen nationalstaatlich orientierten Eliten der Platzhirsch-Ökonomie eine Wiedereinbettung des Wirtschaftssystems unter das Primat der Politik intendieren. Alarmierend ist der Zwangscharakter und der undemokratische Zuschnitt der intendierten Maßnahmen. Während neoliberale Politik über Expertokratie (z.B. „Unabhängigkeit“ der EZB) oder Policy Tools (Kassim/Le Galès 2010) wie Schuldenbremsen, den Fiskal- oder Wettbewerbspakt eingeführt und in einer Weise festgeschrieben wird, dass demokratische Parlamente sie nicht rückgängig machen sollen, werden von AnhängerInnen der Platzhirsch-Ökonomie patriarchale Führungsstile akzeptiert. In diesem Sinne äußerte sich der Extremsportler Felix Baumgartner, am Beispiel Schwarzenegger habe man gesehen: „Du kannst in einer Demokratie nichts bewegen. Wir

würden eine gemäßigte Diktatur brauchen, wo es ein paar Leute aus der Privatwirtschaft gibt, sie sich wirklich auskennen“ (Kleine Zeitung 2012).⁵

Literatur

- Burn, Gary (1999): The state, the City and the Euromarkets. In: *Review of International Political Economy* 6 (2), S. 225–261.
- Dörre, Klaus; Holst, Hajo (2009): Nach dem Shareholder Value? Kapitalmarktorientierte Unternehmenssteuerung in der Krise. In: *WSI Mitteilungen* (12), S. 667–674.
- Duménil, Gérard; Lévy, Dominique (2005): Costs and Benefits of Neoliberalism: A Class Analysis. In: Gerald A. Epstein (Hg.): *Financialization and the world economy. Introduction: Financialization and the world economy*. Cheltenham UK [u.a.]: Elgar, S. 17–45.
- Engelen, Ewald; Ertürk, Ismail; Froud, Julie; Johal, Sukhdev; Leaver, Adam; Moran, Mick et al. (2011): *After the Great Complacence: Financial Crisis and the Politics of Reform*: Oxford University Press.
- Ertürk, Ismail; Froud, Julie; Johal, Sukhdev; Leaver, Adam; Moran, Michael Moran; Williams, Karel (2011): *City State against National Settlement: UK Economic Policy and Politics after the Financial Crisis*. CRESC Working Paper Series, Working Paper No.101. <http://www.cresc.ac.uk/publications/city-state-against-national-settlement-uk-economic-policy-and-politics-after-the-financial-crisis> (08.06.2012).
- EU (2013): Pressekonferenz des Ecofin (zum europäischen FATCA) am 12.4.2013 in Dublin. Video der Konferenz: <http://www.sven-giegold.de/2013/betreff-uberschrift-der-durchbruch-eu-finanzminister-machen-gemeinsam-front-gegen-steueroasen-automatischen-informationsaustausch/> (14.4.2013)
- Eurostat (2013): *Taxation trends in the EU*.
- Financial Stability Board (2011): *Shadow Banking: Strengthening Oversight and Regulation. Recommendations of the Financial Stability Board*. Financial Stability Board.
- Folkman, Peter; Froud, Julie; Johal, Sukhdev and Williams Karel (2008): *Intermediaries (or another group of agents?)*. In: Ismail Ertürk, Julie Froud, Sukhdev Johal und Adam and Williams Karel Leaver (Hg.): *Financialization at work*. London, New York: Routledge, S. 150–162.
- Guger, Alois; Marterbauer, Markus (2007): *Langfristige Tendenzen der Einkommensverteilung in Österreich – ein Update. Die Verteilung von Einkommen und Vermögen*. Working Paper. WIFO. Wien (307).
- Hartmann, Michael (2007): *Eliten und Macht in Europa. Ein internationaler Vergleich*. Frankfurt Main u.a: Campus-Verlag.
- Hartmann, Michael (2004): *Elitesoziologie. Eine Einführung*. 2. Aufl. Frankfurt Main u.a: Campus-Verl (Campus Studium : Sozialwissenschaftliche Studienbibliothek, 2).
- Heemskerk, Eelke M. (2013): *The rise of the European corporate elite: evidence from the network of interlocking directorates in 2005 and 2010*. In: *Economy and Society* 42 (1), S. 74–101.
- Jabko, Nicolas; Massoc, Elsa (2012): *French capitalism under stress: How Nicolas Sarkozy rescued the banks 1*. In: *Review of International Political Economy* 19 (4), S. 562–585.
- Kassim, Hussein; Le Gales, Patrick (2010): *Exploring Governance in a Multi-Level Polity: A Policy*

⁵ Mehr zu Alternativen s. Ötsch 2013.

- Instruments Approach. In: *West European Politics*, 33:1, 1-21 33 (1), S. 1–21.
- Kleine Zeitung (2012): Baumgartner für "gemäßigte Diktatur". In: *Kleine Zeitung*, 28.10.2012. <http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/chronik/3152759/baumgartner-fuer-gemaessigte-diktatur.story> (16.06.2013).
- Korom, Philipp (2013): *Die Wirtschaftseliten Österreichs. Verflechtungen von Großunternehmen, Parteinähe und Adel*. 1. Aufl. Konstanz: UVK.
- Korom, Philipp (2011): *Wirtschaftseliten im neuen Austrokapitalismus. Sozialprofil und Personalverflechtungen*. Graz, Univ., Diss., 2011. <http://media.obvsg.at/AC08593782-2001>.
- Lunzer, Gertraud (2006): *Struktur und Verteilungswirkung des österreichischen Steuersystems*. In: *Kurswechsel* (1), S. 14–24.
- Mitchell, Austin; Sikka, Prem (2011): *The Pin-Stripe Mafia: How Accountancy Firms Destroy Societies*. Hg. v. Association for Accountancy & Business Affairs. Essex. <http://visar.csustan.edu/aaba/PINSTRIPEMAFIA.pdf> (19.02.2013).
- Oberndorfer, Lukas (2013): *Vom neuen, über den autoritären, zum progressiven Konstitutionalismus? Pakt(e) für Wettbewerbsfähigkeit und die europäische Demokratie*. In: *Juridikum* (1), S. 76–86.
- OECD (2009 und 2011): *OECD Tax data base*. http://www.oecd.org/document/60/0,3746,en_2649_34533_1942460_1_1_1_1,00.html.
- Ötsch, Silke (2013): *Time for Socio-Economic Peace-Making. Imposing Socio-Economic Alternatives in the Light of Reform Failure*. In: Bert Preiss und Claudia Brunner (Hg.): *Democracy in Crisis: The Dynamics of Civic Protest and Civic Resistance. Peace Report 2012*. Vienna and Berlin: LIT-Verlag, S. 79–109.
- Ötsch, Silke; Di Pauli, Celia (2013): *Mobiles Kapital, Räume und Scheinräume*. In: Joachim Scheiner, Hans-Heinrich Blotevogel, Susanne Frank, Christian Holz-Rau und Nina Schuster (Hg.): *Mobilitäten und Immobilitäten. Dortmunder Beiträge zur Raumplanung*. Essen: Klartext-Verlag, i. E.
- Ötsch, Silke (2012): *Die Normalität der Ausnahme: Finanzoasen als Parallelökonomie von Eliten und die ausbleibende Regulierung*. In: *Momentum Quarterly* 1 (1), S. 27–44.
- Palan, Ronen (2003): *The Offshore World*. Ithaca and London: Cornell Univ. Press.
- Palan, Ronen (2002): *Tax havens and the commercialisation of state sovereignty*. In: *International Organization* 56 (1), S. 153–178.
- Palan, Ronen (1998): *The emergence of an offshore economy*. In: *Futures* 30 (1), S. 63–73.
- Polanyi, Karl (2011): *The great transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. 9. Aufl. Frankfurt a.M: Suhrkamp. (1. Auflage 1944)
- Presse (2013): "Wieviel Geld jemand auf der Bank hat, geht keinen etwas an". Doppelinterview mit Vizekanzler Spindelegger und Finanzministerin Fekter. In: *Die Presse*, 10.04.2013.
- Savage, Mike; Williams, Karel (Hg.) (2008): *Remembering Elites*: Blackwell Publishing.
- Schmidt, Michaela (2012): *Steueroasen und Regulierungsoasen – Auswirkungen auf die Stabilität des Finanzmarkts und politische Implikationen*. In: *Momentum Quarterly* 1 (4), S. 203–262.
- Shaxson, Nicholas (29.11-01.12.2012): *The Finance Curse. The Political Economy of Finance-Dependent Economies*. Vortrag gehalten von markus Meinzer auf der internationalen Fachtagung: *Die Politische Ökonomie von Steuer- und Regulierungsoasen*. Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft, Johannes Kepler Universität Linz. Linz, 29.11-01.12.11.2012. <http://www.icae.at/wp/wp-content/uploads/2012/11/Shaxson.pdf> (10.06.13).
- Shaxson, Nicholas (2011): *Treasure Islands. Tax havens and the men who stole the world*. London: Bodley

Head.

- Sikka, Prem (2003): The role of offshore financial centres in globalization. In: Accounting Forum (27), S. 365–399.
- Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus ; Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2012, Berlin: Suhrkamp.
- Streeck, Wolfgang (2009): Re-Forming Capitalism. Institutional Change in the German Political Economy. New York: Oxford University Press.
- Stronach (2013a): Webseite des Teams Stronach: <http://www.teamstronach.at/de/programm/fuer-ein-starkes-europa> (14.6.2013)
- Stronach (2013b): Webseite des Teams Stronach: <http://www.teamstronach.at/de/programm/schluss-mit-steuerprivilegien> (14.6.2013)
- Stronach (2013c): Webseite des Teams Stronach: <http://www.teamstronach.at/de/programm/arbeiter-am-gewinn-beteiligen> (14.6.2013)
- Stronach (2012): Jedes Land soll seinen eigenen Euro bekommen. In: Deutsche Mittelstands Nachrichten, 21.09.2012. <http://www.deutsche-mittelstands-nachrichten.de/2012/09/46927/> (25.06.2013).
- TJN (2011): Financial Secrecy Index 2011. <http://www.financialsecrecyindex.com/> (09.03.2012).
- TJN (2009): Schattenfinanzindex: Mapping the Faultiness/Secrecy Jurisdictions, 29.9.2009, TJN Project Team: Murphy, R./Christensen, J./Meinzer, M.) <http://www.secrecyjurisdictions.com/>
- Windolf, Paul (2005): Was ist Finanzmarkt-Kapitalismus? In: Paul Windolf (Hg.): Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionssystemen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 45/2000), S. 20–57.